



Werte Bevölkerung von Fischbach, Falkenstein und Völlegg!

Bürgermeisterwechsel: FPÖ ist gegen Gemeindesekretärin Silvia Karelly als Bürgermeisterin

ÖVP-Bürgermeister Franz Doppelhofer legte mit Jahresende 2017 sein Amt zurück. Die ÖVP-Fraktion schlug die Gemeindesekretärin Silvia Karelly als seine Nachfolgerin vor. Da die Fraktion der FPÖ mit vier Mandaten sowie die Fraktion der SPÖ mit drei Mandaten vor der Abstimmung im Gemeinderat am 12. Jänner 2018 den Sitzungssaal verließen, war der Gemeinderat mit den restlichen acht ÖVP-Mandataren nicht beschlussfähig, da das Gesetz die Anwesenheit von 2/3 der Gemeinderäte (zehn von 15) vorschreibt.

Offiziell haben wir von der Nominierung von Karelly als Bürgermeisterin bei der Pensionistenweihnachtsfeier und durch die Zeitung erfahren. Der ausgeschiedene Bürgermeister Franz Doppelhofer hätte uns ja im Gemeinderat über seine Nachfolge informieren können. Wahrscheinlich hat er jedoch nicht einmal alle seiner eigenen Leute darüber informiert, sondern ihnen die Sekretärin einfach vor die Nase gesetzt, obwohl sie 30 Kandidaten auf der Gemeinderatswahlliste haben.

Es ist keine Art, und außerdem ärgerlich, wenn man mit anderen Fraktionen nicht redet, sondern einfach drüberfährt - aber sonst wieder von der Zusammenarbeit redet und mir vorwirft, dass ich den Gemeinderat mit dem Nationalrat verwechseln würde. Aus der Sicht der ÖVP spalten wir die Gemeinde, wenn wir Silvia Karelly, die auf keiner Kandidatenliste steht, nicht zur Bürgermeisterin wählen. Das Gleiche könnten wir behaupten: Wenn die ÖVP

Hermann Reindl nicht zum Bürgermeister wählt, spaltet sie die Gemeinde. Derselbe Unfug.

Die Arbeit von Gemeindesekretärin Silvia Karelly steht außer Zweifel. Das wird ausdrücklich festgehalten. Laut unserer Auffassung ist es aber unmöglich, dass die Gemeindesekretärin gleichzeitig auch Bürgermeisterin ist und dafür zwei Gehälter bekommt. Man kann auch nicht Arbeiter und Polier mit zwei Gehältern gleichzeitig sein.

Die Tätigkeiten von Sekretärin und Bürgermeister überschneiden sich vielfach. Das ist unvermeidbar. Deshalb können diese Funktionen, obwohl gesetzlich erlaubt, aus unserer Sicht nicht von ein und derselben Person gleichzeitig ausgeübt werden. Um beide Funktionen auszuüben, braucht Karelly nicht einmal ihren Sessel zu wechseln. Sie kann alles von einem Schreibtisch aus machen.

Als Sekretärin bereitet sie zum Beispiel den Posteingang, alle Schriftstücke, Sitzungen, Vorsprachen bei Behörden, Bescheide usw. für den Bürgermeister zur Unterschriftsleistung vor. Wenn sie gleichzeitig Bürgermeisterin ist, unterschreibt sie die Schriftstücke sogleich und bekommt dafür zwei Gehälter: eines als Sekretärin mit allen Zulagen und Überstunden sowie nochmals eines als Bürgermeisterin (laut öffentlicher Tabelle, abrufbar im Internet, 3.554,80 Euro brutto monatlich) dazu. Alles 14 Mal jährlich.



GK Hermann Reindl

Das ist lediglich eine sachliche Darstellung, und nicht der Neid oder eine Beschmutzung von Silvia Karelly, wie erwartungsgemäß von der ÖVP und von Karelly behauptet werden wird.

Da dies alles öffentliche Gelder sind, hat die Bevölkerung auch ein Recht darauf, darüber informiert zu sein.

- Bezüge Vizebürgermeister und Gemeindekassier: 1.066,40 Euro monatlich brutto
- Bezug Gemeindekassier, wenn selbst Kassa führend: 1.777,40 Euro monatlich brutto

Ich persönlich übe seit insgesamt beinahe vier Perioden eine bezahlte politische Funktion in der Gemeinde aus. Meine Arbeitsplätze waren vor meiner Pensionierung jedoch in Kindberg und Graz. Also musste ich dies alles (vielfach Buchungstätigkeiten am Wochenende) ausschließlich in meiner Freizeit ausüben. Gesetzlich wären mir für meine politische Tätigkeit 7,5 Stunden monatlich vom Dienstgeber zugestanden, die ich jedoch beinahe nie in Anspruch genommen habe.

Die Arbeit als Sekretärin ist nur in den Amtsstunden möglich. Die Arbeit als Bürgermeister großteils ebenso, weil Behördenkontakte, Firmenverhandlungen, Begehungen, Kommissionen und dergleichen

chen mehr ebenso nur während der Amtsstunden möglich sind. Gleichzeitig ist sie als Bürgermeisterin die Vorgesetzte aller Gemeindebediensteten - somit gleichzeitig ihre eigene Chefin und kontrolliert sich somit selbst. Wenn dies in anderen Gemeinden der Fall ist, so finden wir das ebenfalls nicht in Ordnung. Hier geht es jedoch um unsere eigene Gemeinde.

Wenn Karelly neben ihrer Arbeit als Sekretärin noch Zeit dazu hat, das Bürgermeisteramt auszuüben, dann kann sie als Sekretärin keinesfalls ausgelastet sein. Es würde jedoch nichts dagegensprechen, wenn Karelly in einer anderen Gemeinde Sekretärin wäre und Bürgermeisterin in Fischbach. Dann müsste sie, wie alle anderen Gemeindefunktionäre auch, in ihrer Freizeit auf das Gemeindeamt Fischbach kommen, um ihrer Bürgermeistertätigkeit nachzukommen. Eine Teilzeitbeschäftigung als Sekretärin kommt für uns über-

haupt nicht infrage, denn entweder ist sie Sekretärin oder Bürgermeisterin. Sie hat ja auch die Möglichkeit, sich kenzieren zu lassen. Einer Krenzierung stimmen wir sofort zu.

Gesetzlich muss nun eine neuerliche Gemeinderatssitzung ausgeschrieben werden, bei der die Anwesenheit der acht ÖVP-Gemeinderäte ausreicht, um beschlussfähig zu sein. Silvia Karelly stand bei der letzten Gemeinderatswahl 2015 nicht auf der Kandidatenliste der ÖVP. Man kann gespannt sein, ob sich Karelly - ohne von einem einzigen der rund 1.300 Wahlberechtigten gewählt worden zu sein und ohne die Stimmen der FPÖ- und der SPÖ-Gemeinderäte - von lediglich acht Personen als Bürgermeisterin „durchdrücken“ lässt. Dann hat unsere Gemeinde eine Bürgermeisterin, die durch die Hintertür gekommen ist.

Detail am Rande: Der ausgeschiedene ÖVP-Bürgermeister Franz Doppelhofer teilte der Öffentlichkeit in seiner Wortmeldung bei der gegenständlichen Gemeinderatssitzung mit, dass niemand von den ÖVP-Gemeinderäten das Bürgermeisteramt ausüben könne. Hat er damit ihre Fähigkeiten gemeint und sie gedemütigt? Obwohl die ÖVP 30 Gemeinderatskandidaten hat, muss sie auf eine Person zurückgreifen, die gar nicht auf der Kandidatenliste steht. Mehr als traurig für die ÖVP.

Wir Freiheitlichen machen bei diesen Machenschaften der ÖVP nicht mit. Wir stehen immer auf der Seite der Bevölkerung!

Haben Sie ein Anliegen? Rufen Sie mich einfach an! Telefon: 0664 / 30 38 070

Ihr GK Hermann Reindl

Förderdschungel muss gelichtet werden!



Bereits im Jahr 2010 wurde von der damaligen rot-schwarzen Bundesregierung die Einführung einer Transparenzdatenbank angestrebt, um den in Österreich wuchernden Förderdschungel zu lichten. Entgegen den großmundigen Ankündigungen legten die ehemaligen Großparteien SPÖ und ÖVP damals jedoch einen gänzlich zahnlosen Gesetzesentwurf vor. So verwundert die im Rahmen eines Berichts des Rechnungshofs geäußerte Kritik an der tatsächlichen Umsetzung der Transparenzdatenbank wenig.

„Eine inhaltlich aussagekräftige Transparenzdatenbank könnte dazu beitragen, die vielen Doppelgleisigkeiten im Sub-

Transparenzdatenbank endlich befüllen. Freiheitliche beantragen Mitwirkung des Landes Steiermark am Transparenzportal des Bundes.

ventionsbereich abzustellen. Die Länder dürfen die Realisierung dieses Vorhabens nicht weiter blockieren. Mit unserem Antrag zur aktiven Beteiligung am Transparenzportal des Bundes könnte die Steiermark eine Vorreiterrolle einnehmen“, erklärt der freiheitliche Landtagsabgeordnete Erich Hafner.

Besonders das Land Steiermark muss ein erhöhtes Interesse an einer raschen Umsetzung einer entsprechenden Transparenzdatenbank haben. Schließlich fließt in der Grünen Mark seit Jahren konstant etwa jeder fünfte Euro des Landesbudgets in Subventionen und Förderungen. Bis dato haben weder das Land Steiermark noch die steirischen Kommunen entsprechende Daten in das bestehende Transparenzportal des Bundes eingespeist. Konkret fordern die Freiheitlichen, dass ab 01. Jänner 2018 sowohl die Leistungsdaten als auch die personenbezogenen Zahlungsdaten von Landesförderungsempfängern in die Transparenzdatenbank eingespielt werden sollen. „Im Sinne eines sparsamen, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Umgangs mit Steuermit-

teln muss das Transparenzportal endlich mit Inhalten befüllt werden“, so Hafner abschließend.

Euer Erich Hafner
Landtagsabgeordneter und
Bezirksparteiobermann der FPÖ Weiz
Tel.: 0664 / 465 89 14
E-Mail: erich.hafner@fpoe.at

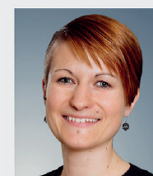
Bezirksbüro Weiz

Lederergasse 12 , 8160 Weiz

Bürozeiten:
Mo, Di, Do, Fr 08:00 – 13:00 Uhr
Mi 13:00 – 18:00 Uhr

Erreichbarkeiten:

Tel: 03172/30654
Mobil: 0664/3528059
E-Mail: weiz@fpoe-stmk.at
HP: www.fpoe-weiz.at



Bezirkssekretärin
Nicol Prem



Bezirkssekretärin
Kerstin Fasching